



Protokoll der 16. Sitzung des Einwohnerrates

vom 30. April 2014, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 33 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Beat Gränicher, Rolf Gutzwiller, Jürg Holinger, Patrick Mägli, Denise Meyer, Anna Ott und Gerhard Schafroth

Traktanden

Laufnummer

1. Protokoll der Ratssitzung vom 26.02.2014
://: *Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.* -
2. Ersatzwahl von einem Mitglied des Sekundarschulrates für die restliche Amtsperiode bis zum 31. Juli 2016
://: *Einstimmige Wahl von Frau Sandra Glatt, geb. 1973, als Sekundarschulratsmitglied für restliche Amtsperiode.* 2014/118
3. Reservoir Bettelfeld - Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Investitionskredit von CHF 880'000.-- für Instandsetzung von Reservoir Bettelfeld
://: *Einstimmige Genehmigung von Bruttokredit von CHF 880'000.-- für die Instandsetzung des Reservoirs Bettelfeld.* 2014/105
2014/105a
4. Demographische Entwicklung in Liestal: Rückblick 2008 - 2013 und Ausblick bis 2023
://: *Der stadträtliche Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.* 2014/112
5. Entwicklungs- und Finanzplan 2014-2018 – Berichte der Finanzkommission (FIKO), der Bau- und Planungskommission (BPK) sowie der Spezialkommission Schulraumplanung
://: *Vom EP 2014-2018 wird einstimmig Kenntnis genommen.*
://: *Vom Stellenplan nimmt der Rat einstimmig Kenntnis.*
://: *Das Postulat Nr. 2010/88 „Steuersenkung planen“ wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.*
://: *Mit 15 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen wird das Postulat „Attraktivitätserhöhung Wirtschaftsstandort Liestal“ nicht abgeschrieben.* 2013/77
2013/77a-c
6. Fragestunde
In der Fragestunde werden vom Stadtrat 15 Fragen und 1 Zusatzfrage beantwortet.
7. Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) an den Einwohnerrat betreffend „Nicht gestellte Wasser- und Abwasserrechnungen“
://: *Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom GPK-Bericht und schreibt den Auftrag des Büros an die GP als erfüllt ab.* 2014/117

- | | | |
|-----|--|---------------------|
| 8. | Bildungsreglement-Teilrevision betreffend Tagesstrukturen
://: Der Rat verabschiedet die Teilrevision des Bildungsreglementes gemäss Synopse der rektifizierten stadträtlichen Vorlage Nr. 2014/114a einstimmig. | 2014/114a |
| 9. | Sanierung Fluhweg: Bruttokredite für Wasserleitung (TCHF 250), Kanalisation (TCHF 520) und Strassenbau (TCHF 70)
://: Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung wird die Vorlage an die BPK zur Vorberatung überwiesen. | 2014/115 |
| 10. | Sanierung Munzachstrasse / Kettigerweg: Bruttokredit für Wasserleitung (TCHF 520), Kanalisation (TCHF 540) und Strassenbau (TCHF 270)
://: Einstimmig wird die Vorlage an die BPK zur Vorberatung überwiesen. | 2014/116 |
| 11. | Kasinobrücke: Bruttokredit von TCHF 980 für die Instandsetzung der Kasinobrücke
://: Einstimmig wird die Vorlage an die BPK zur Vorberatung überwiesen. | 2014/119 |
| 12. | Familiengärten Heidenloch – Bericht Stadtrat zum Postulat von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion
://: Einstimmig wird der stadträtliche Bericht zur Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben. | 2013/68
2013/68a |
| 13. | Altersgerechte Turnhalle - Bericht Stadtrat zum Postulat von Thomas Eugster der FDP-Fraktion betreffend altersgerechten Turnhalle für die oberen Primarklassen des Gestadeckschulhauses
Verlagt wegen Zeitmangel. | 2013/94
2013/94a |

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) begrüsst die Ratsmitglieder, Gäste und Medienvertreter zur heutigen Sitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert kurz über einige Punkte sowie wichtige Beschlüsse der letzten Bürositzung:

- Da man bei der Festlegung der Traktandenliste davon ausgegangen ist, dass Stadtpräsident Lukas Ott erst um ca. 17.15 Uhr zur Sitzung erscheinen wird, entspricht die Reihenfolge der traktandierten Geschäfte anfangs nicht ganz dem üblichen Ablauf.
- Rudin Lorenz (FDP) hat mit Schreiben vom 24. Februar 2014 seinen Rücktritt als Einwohnerrat per 30. April 2014 erklärt. Sein Rücktrittsschreiben ist bereits an der letzten Sitzung verlesen worden. Diesem wird für die geleisteten Arbeiten der beste Dank ausgesprochen und für die Zukunft alles Gute gewünscht.
- Da der Versand für die nächste Ratssitzung vom 21. Mai 2014 bereits nächste Woche erfolgt, kann die Genehmigung des Protokolles der heutigen Sitzung erst auf die Junisitzung traktandiert werden.
- Die Rechnung 2013 ist vom Büro der Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung überwiesen worden. Die Vorlage Nr. 2014/113 ist den Ratsmitgliedern anfangs dieser Woche zugestellt worden.
- Den Ratsmitgliedern ist heute das Einwohnerrats-Geschäftsreglement als Tischpapier verteilt worden, in welchem orientierungshalber die am 27.11.2013 beschlossenen Änderungen aufgeführt sind, welche per 01.07.2014 bzw. 01.07.2016 in Kraft treten.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, gelb
- Neue Vorstösse, Vorlagen Nr. 2014/120 - Nr. 2014/124
- ER-Geschäftsreglement mit Änderungen gemäss Ratsbeschluss vom 27.11.2013
- Rektifizierte ER-Vorlage Nr. 2014/114a „Bildungsreglement-Teilrevision“

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation „Rückbau Rheinstrasse“ von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion und Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion (Nr. 2014/120)
- Interpellation „Umsetzung HarmoS“ von Marianne Quensel namens der SP-Fraktion (Nr. 2014/121)
- Postulat „Schulsozialarbeit im Kindergarten und in der Primarschule“ von Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2014/122)
- Interpellation „Kündigungen in der Abteilung Sozialberatung“ von Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2014/123)
- Motion „Fussgängerzone“ im Stadtkern von Peter Küng der SP-Fraktion (Nr. 2014/124)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--|--|
| - Stefan Fraefel / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Sabine Sutter (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Meret Franke (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt die Frage, ob Änderungen bezüglich der Traktandenliste beantragt werden.

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 15. April 2014 beschlossen und behandelt.

174 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 26.02.2014

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll vom 26. Februar 2014 eingegangen sind, weshalb dem Rat die Protokoll-Genehmigung beantragt wird.

Nach erfolgter Umfrage kann er feststellen, dass zu diesem Traktandum keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 26. Februar 2014 wird einstimmig genehmigt.

175 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahl von einem Mitglied des Sekundarschulrates für die restliche Amtsperiode bis zum 31. Juli 2016 (2014/118)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert, dass nur der Wahlvorschlag der FDP-Fraktion für die Wahl von Frau Sandra Glatt als Sekundarschulratsmitglied vorliege.

Thomas Eugster (FDP) stellt die von der FDP-Partei vorgeschlagene Kandidatin kurz vor: Frau Sandra Glatt ist 40 Jahre alt, ist verheiratet mit Daniel Glatt und Mutter von 3 Kindern. Sie ist in Lausen aufgewachsen, hat aber im Schulhaus Frenke in Liestal die Schule besucht. Heute wohnt sie am Sonnmattweg 58 in Liestal. Sie arbeitet in einem Teilzeitpensum als Drogistin und würde sich auf die neue Herausforderung als Sekundarschulratsmitglied freuen. Bei dieser Gelegenheit möchte er auch dem abtretenden Daniel Sturzenegger den besten Dank für sein langjähriges Engagement als Sekundarschulratsmitglied danken.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden. Da aus dem Einwohnerrat niemand eine geheime Wahl wünscht, kann über den Wahlvorschlag offen abgestimmt werden.

://: Frau Sandra Glatt, geb. 1973, Sonnmattweg 58, Liestal, wird einstimmig als Sekundarschulratsmitglied für die restliche Amtsperiode bis zum 31. Juli 2016 gewählt.

176 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Reservoir Bettelfeld - Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Investitionskredit von CHF 880'000.-- für Instandsetzung von Reservoir Bettelfeld (Nr. 2014/105)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Diego Stoll (SP) stellt als BPK-Kommissionspräsident den Bericht der Bau- und Planungskommission gemäss Vorlage Nr. 2014/105a vor: Das Geschäft ist an einer Kommissionssitzung beraten worden und sehr schnell ist die BPK zum Entscheid gekommen, dass die Instandsetzungsarbeiten raschmöglichst ausgeführt werden sollten. Der Kommission ist es wichtig, dass bei Pumpen-Neuanschaffungen ein spezielles Augenmerk auf die Effizienz und Wirtschaftlichkeit, eine hydraulisch korrekte Auslegung sowie den Hersteller zu legen ist. Die BPK stimmt dem stadträtlichen Antrag einstimmig zu.

Hanspeter Zumsteg (SP) unterstützt das Votum des Kommissionspräsidenten. Das Label „Energistadt“ sollte von Liestal noch viel ernster genommen werden. Weshalb wechselt denn die Verwaltung nicht von sich aus solche ineffiziente Wasserpumpen mit einem Alter von 45 Jahren aus, obwohl man weiss, dass diese grosse Stromfresser sind? Liestal zahlt für den gesamten Stromverbrauch für Trinkwasser und Heizungspumpen in den nächsten 10 Jahren rund 1 Mio. Franken. Seine Fraktion fordert deshalb, dass dem bestmöglichsten Wirkungsgrad auch die höchste Priorität eingeräumt wird.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass ihre Fraktion dem Antrag des Stadtrates sowie der BPK einstimmig zustimmen wird.

Pascal Porchet (FDP) bemerkt, auch seine Fraktion wird dem Kreditbegehren einstimmig zustimmen. Auch ist seine Fraktion der Meinung, dass die hohen Ingenieur-Honorarkosten doch gerechtfertigt sind. Wegen fehlender Personalressourcen ist eine externe Bauherrenunterstützung im Betrage von rund CHF 30'000.-- nötig und so müsste man sich künftig schon überlegen, ob solche Arbeiten nicht wieder von der Verwaltung selbst zu günstigeren Konditionen geleistet werden könnten.

Matthias Zimmermann (SP) teilt mit, auch seine Fraktion unterstütze die Vorlage und diesbezüglichen Anträge.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig genehmigt der Rat den Bruttokredit für die Instandsetzung des Reservoirs Bettelfeld im Betrag von CHF 880'000.-- inkl. MwSt. zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung, Investitionskonto Nr. 7101.5040.0002).

177 0.01.011.01 Einwohnerrat

**4. Demographische Entwicklung in Liestal: Rückblick 2008 - 2013
und Ausblick bis 2023 (Nr. 2014/112)**

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Büro unterbreitet dem Rat keinen Vorschlag betreffend der weiteren Behandlung der stadträtlichen Vorlage. Die Fraktionssprecher möchten sich nun deshalb dazu äussern, ob das Geschäft direkt beraten oder aber an eine einwohnerrätliche Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) informiert, dass sich die Mittefraktion für eine Direktberatung ausspreche.

Daniel Spinnler (FDP) sagt, auch seine Fraktion möchte das Geschäft direkt beraten.

Marianne Quensel (SP) bemerkt, auch ihre Fraktion unterstütze eine Direktberatung der Vorlage.

Corinne Ruesch (GL) teilt mit, dass ihre Fraktion ebenfalls für eine Direktberatung der Vorlage sei.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass sich durchwegs alle Fraktionen für eine Direktberatung der Vorlage Nr. 2014/112 ausgesprochen haben, weshalb sich eine Abstimmung erübrigt.

Daniel Spinnler (FDP) dankt dem Stadtrat für die Analysen und schlägt vor, dass sich die Kommissionspräsidenten einmal gemeinsam mit dem Stadtrat über den Inhalt der Vorlage unterhalten würden. Seine Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) dankt für die stadträtlichen Prognosen und die Berichterstattung. Weitere Vorlagen werden im Bericht vom Stadtrat angekündigt, dies aber ohne Terminangaben. Betreffend den Prognosen des Planteam S und dem Stadtrat sind Doppelspurigkeiten aufgefallen und so wäre die Zusatzinformation dienlich, ob diese künftig koordiniert werden oder nicht.

Corinne Ruesch (GL) findet, dass das Dokument die wichtigsten Grundlagen betreffend der Entwicklung Liestals aufzeige, welche hinsichtlich der Schulraumplanung, Altersfürsorge, Infrastruktur usw. dienlich sein können. Die stadträtliche Planung basiert auf genauen Datengrundlagen, doch sollte nun auch noch ganz klar interpretiert werden, was dies ganz konkret für die Infrastruktur von Liestal bedeutet. Alles lässt sich auch nicht logischerweise nur aus den Zahlen ableiten und Kreativität wird weiterhin gefragt sein. Ihre Fraktion hofft, diesbezüglich im nächsten Entwicklungsplan mehr lesen zu können.

Marianne Quensel (SP) orientiert, auch die SP-Fraktion findet, dass die stadträtliche Vorlage ein gutes Planungsinstrument und eine dienliche Grundlage für künftige Entscheidungsfindungen sei.

Stadtrat Peter Rohrbach stellt fest, dass einige Holprigkeiten der ersten Vorlage Nr. 2014/106 doch bereinigt werden konnten. Grundidee des Stadtrates ist es, dass die Zahlen der letzten Jahre fortgeschrieben und anhand von Gesprächen mit Investoren usw. angepasst werden. Die aktuellen Zahlen zeigen auf, dass beispielsweise die durchschnittliche Personenzahl pro Wohnung für die Schulraumplanung gar nicht von grosser Relevanz sind. Wichtiger ist vielmehr die Umlegung der Bevölkerungszahlen auf die Schulkreise bzw. die

Festlegung des Schulkreisperimeters. Anfangs 2015 wird der Stadtrat die aktualisierten Daten der demographischen Entwicklung dem Rat wieder vorlegen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig die Ausführungen des Stadtrates zur demographischen Entwicklung in Liestal zur Kenntnis.

178 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Entwicklungs- und Finanzplan 2014-2018 - Berichte der Finanzkommission (FIKO), der Bau- und Planungskommission (BPK) sowie der Spezialkommission Schulraumplanung (Nr. 2013/77)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, das Geschäft nach folgendem Ablauf zu behandeln:

- a) Eintreten
- b) Bericht FIKO (Nr. 2013/77a)
- c) Bericht BPK (Nr. 2013/77b)
- d) Bericht SK Schulraumplanung (Nr. 2013/77c)
- e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen
- f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung
- g) Einzelredner: Stellungnahmen
- h) Anträge (Kurzfassung)
 - . Kenntnisnahme von Entwicklungs- und Finanzplan 2014-2018 der vier Rechnungskreise
 - . Kenntnisnahme von Stellenplan
 - . Abschreibung von Postulat „Steuersenkung planen“ (Nr. 2010/88)
 - . Abschreibung von Postulat „Attraktivitätserhöhung des Wirtschaftsstandorts Liestal“ (Nr. 2013/36)

a) Eintreten

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

b) Bericht FIKO (Nr. 2013/77a)

Daniel Spinnler (FDP) nimmt Bezug auf den Bericht der Finanzkommission gemäss Vorlage Nr. 2013/77a und hält als Kommissionspräsident die wichtigsten Punkte kurz fest: Betreffend der demographischen Entwicklung sind die aktualisierten Zahlen beim vorgängig behandelten Traktandum im Zusammenhang mit der Vorlage Nr. 2014/112 bereits thematisiert worden. Die strategischen Kennzahlen sollen gemäss Stadtrat neu justiert werden, indem man sich vom Schuldenabbau neu auf die Investitionstätigkeiten fokussiert. Die FIKO kann sich mit dieser Marschrichtung einverstanden erklären und kann auch den Einschätzungen der Steuererträge zustimmen. Das Ergebnis der bevorstehenden Abstimmung vom 18.05.2014 betreffend der BLPK-Finanzierung wird eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit der finanzpolitischen Entwicklung sein und auch die FIKO plädiert für die Annahme des landrätlichen Gegenvorschlages. Auch wird von der Kommission die Priorisierung gemäss Seite 71 der Vorlage im Zusammenhang mit den anstehenden Schulraum-Investitionen von rund 7.5 Mio. Franken gutgeheissen. Grundsätzlich wird auch das pragmatische Vorgehen betreffend der Realisierung von Gruppenräumen beim Frenkenbündten-Schulhaus begrüsst. Auch befürwortet es die FIKO, dass sämtliche Raum- und Opportunitätskosten bei der Jugendmusikschule weitergegeben werden sollen. Die Kommission ist der Meinung, dass die Weiterführung der Verschuldungssituations-Darstellung nicht nötig ist, da die Vorgaben und Kennzahlen mit HRM2 klar sind. Bevor die FIKO definitive Aussagen betreffend dem Finanzvermögen machen kann, sind dieser noch weitere Unterlagen und Informationen nachzuliefern. Die vier Anträge der FIKO sind auf Seite 8 des Kommissionsberichtes aufgeführt. Der Schuldenauf-

bau bei der Wasser-Spezialfinanzierung bis zu 10 Mio. Franken bereitet Sorge und man ist gespannt auf die Daten, welche für das 3. Quartal 2014 in Aussicht gestellt wurden. Gesamthaft gesehen kann man doch sagen, dass der EP 2014-2018 wiederum gut und sorgfältig erarbeitet wurde. Der Vorschlag eines FIKO-Mitgliedes für eine Ausweitung des Betrachtungszeitraumes ist ebenfalls thematisiert worden und in diesem Zusammenhang möchte man auch die stadträtliche Aussage, dass ausserordentliche finanzielle Mittel in den ausserordentlichen Schuldenabbau fliessen sollen, in Stein meisseln. Betreffend den Kommissionsempfehlungen an den Stadtrat bezüglich der künftigen inhaltlichen Darstellung sowie der Überweisung des EP an mehrere Kommissionen wird auf die Berichtspunkte 3.4.1.2 ff verwiesen.

c) Bericht BPK (Nr. 2013/77b)

Diego Stoll (SP) informiert als Präsident der Bau- und Planungskommission, dass die BPK das umfangreiche Dokument des Entwicklungsplanes in 5 Sitzungen besprochen hatte. Im Zusammenhang mit der Arealentwicklung ist sich der Stadtrat der Thematik und auch möglichen Problematik betreffend den Folgen des Bevölkerungszuwachses bewusst. Die Schaffung von neuem Wohnraum wird auch von der BPK begrüsst. Mit einer optimalen Verkehrsanbindung der Gewerbegebiete sollte auch die Förderung des Wirtschaftsstandortes Liestal in raumplanerischer Hinsicht möglich sein. Bei den Schulanlagen laufen die Parameter Baub substanz, Raumbedarf und Energieeffizienz nicht synchron, doch ist für die BPK die stadträtliche Priorisierung nachvollziehbar. Gemäss erfolgten Zustandskontrollen bei den Strassen und Brücken sollte mit den zur Verfügung stehenden Mitteln eine Werterhaltung möglich sein. Gespannt wartet natürlich auch die BPK auf die Ergebnisse der Verkehrsstudie, welche vom Stadtrat in Auftrag gegeben wurde. Er hoffe doch, dass die gewünschte optimale verkehrstechnische Gewerbegebiet-Erschliessung darin auch berücksichtigt ist. Auch begrüsst es die Kommission, dass im Bereich Energie und Umwelt ein Positionspapier ausgearbeitet wird. Die BPK würdigt den EP für die nächsten fünf Jahre und beantragt dem Rat, diesen zur Kenntnis zu nehmen. Als Kommissionspräsident möchte er schlussendlich doch noch seine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass die künftigen Entwicklungspläne wieder etwas einfacher, kürzer und strukturierter werden.

d) Bericht SK Schulraumplanung (Nr. 2013/77c)

Corinne Ruesch (GL) legt als Kommissionspräsidentin der Spezialkommission Schulraumplanung dar, dass die Bildung als teure Pflicht betrachtet werden, doch kann diese auch als Kür zu einem Standortvorteil beitragen, die Schulräume leisten aber dazu nicht die entscheidenden Beiträge. Die Kommission ist zu vier Schlüssen bezüglich der Schulraumplanung gekommen. Rege wurde der Raumanspruch pro Klasse diskutiert. So habe man gehört, dass 1 Gruppenraum für jede Klasse im Frenkensschulhaus rund 4 Mio. Franken kosten würde, weil es einen zusätzlichen Stock brauchen würde. Grossmehrheitlich unterstützt die Kommission aber die Empfehlung, dass die Klassenzimmereinheiten bei einem Gruppenraum pro Klassenzimmer zu belassen sind, soweit dies mit finanziell tragbaren Lösungen machbar ist. Auch empfiehlt die Kommission, dass in einem nächsten Schritt auf den bestehenden Grundlagen mögliche Szenarien für konkrete Schulraummassnahmen geprüft und aufgezeigt werden. Basierend auf diesen Grundlagen ist dann auch eine Investitionsplanung möglich, bei welcher die gesetzten Prioritäten dann auch berücksichtigt werden können. Dem Rat wird die zustimmende Kenntnisnahme des Kapitels Schulraumplanung des EP 2014-2018 beantragt.

e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Lukas Ott dankt für die gute Aufnahme des vorliegenden Entwicklungsplanes, die gute Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Vorberatung der Vorlage in den Kommissionen sowie die Würdigung an der heutigen Sitzung. Die oberste finanzpolitische Zielsetzung muss es ja sein, dass man mittelfristig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt ausweisen kann. Dem Stadtrat möchte eine Stabilität bei den Finanzen sicherstellen und dies ist auch nur dann möglich, wenn die definierten Eckwerte bestmöglichst eingehalten werden. Die Zielerreichung ist auch nur dann möglich, wenn man schwarze Zahlen schreibt, was seit 2004 der Fall ist und gemäss EP 2014-2018 auch in den nächsten Jahren möglich sein sollte. Ein Jahr früher als erwartet konnte mit der Rechnung 2013 das Ziel der formulierten Schuldengrenze von 20 Mio. Franken erreicht werden und somit kann mit der Neujustierung im Durchschnitt auch die Investitionstätigkeit zur Werterhaltung im Hochbau von 2,5 Mio. auf rund 4 Mio. Franken erhöht werden. Gemäss stadträtlichen Strategie soll das Fremdkapital weiterhin reduziert werden und gemäss Rechnung 2013 beläuft sich diese Summe noch auf rund 15 Mio. Franken. Auch ist es wichtig, dass im Zusammenhang mit der BLPK-Sanierung die Verschuldung der Stadt gebremst werden konnte bzw. dass zusammen mit dem Kanton eine Lösung gefunden werden konnte, womit rund 14 Mio. Franken weniger an Fremdkapital aufgenommen werden muss. Auch soll eine Selbstfinanzierung von über 100 % erreicht werden, was eine grosse Herausforderung werden wird. Im Zusammenhang mit dem stadträtlichen Bericht bzw. Antrag betreffend dem Postulat „Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandorts Liestal“ möchte er insbesondere auf die verschiedenen Handlungsfelder die die Bahnhofareal-Entwicklung, die Areal-Entwicklung im hinteren Oristal sowie im Gräubern- und Altmarkt-Gebiet usw., die Erhaltung des Hochschulstandortes Liestal und die Erweiterung des Steuersubstrates hinweisen.

Stadtrat Franz Kaufmann hält fest, dass der Austausch zwischen der Spezialkommission Schulraumplanung und dem Stadtrat im Zusammenhang mit der Vorlage Nr. 2013/77 gut war. Erfreulich ist auch, dass man betreffend den künftigen Schulraumangeboten flexible Lösungen anstrebt, zumal ja vom Kanton auch keine Vorgaben gemacht, sondern nur Empfehlungen abgegeben werden. Wichtig sind auch die Stellungnahmen der einwohnerrätlichen Kommissionen betreffend der Musikschule, welche für den Stadtrat bei den weiteren Abklärungen und Verhandlungen doch recht dienlich sind.

f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Peter Küng (SP) informiert, dass die SP-Fraktion den Anträgen zustimmen wird. Dem Stadtrat möchte man mitgeben, dass der Umfang und die Grösse des EP-Dokumentes künftig doch wieder etwas schlanker werden sollte. Die auf Seite 11 definierten gesellschaftspolitischen Aspekte werden von der Fraktion unterstützt. Die Hauptthemen wie die demographische Entwicklung, die Quartierplanungen etc. sind wichtig, doch dürfen bei den diesbezüglichen Diskussionen nebst der Jugend und den Schulräumen die älteren Generationen, die Alterspolitik usw. nicht vergessen werden. Die Entwicklung ist auch im Bereich der Schulraumplanung nun absehbar, deshalb erwarte man nun vom Stadtrat konkrete Schritte und Vorlagen für die parlamentarischen Entscheide. Schon bei der ersten Beratung des Postulates betreffend der Wirtschaftsförderung hatte sich seine Fraktion kritisch geäussert. Die stadträtlichen Argumente können unterstützt werden, und man hofft, dass wegen dem Fokus auf die Bahnhof-Entwicklung die Anbindung der Gewerbegebiete im Oristal, Gräubern usw. nicht vergessen gehen. Auch sollte man sich analog dem Kanton auch auf kommunaler Ebene Gedanken betreffend einer vermehrten Bestandespflege machen, denn es ist immer schade und bedauerlich, wenn sich gewisse Geschäfte von Liestal verabschieden. Seine Fraktion wird auch dem stadträtlichen Antrag betreffend einer Abschreibung des Postulates „Steuersenkung planen“ zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) macht darauf aufmerksam, dass der EP 2014-2018 während mehreren Monaten von drei Kommissionen bzw. rund der Hälfte der heute anwesenden Ratsmitglieder intensiv vorberaten wurde. In den Kommissionsberichten sind die Stellungnahmen bzw. Fraktionsmeinungen auch enthalten und da zudem heute auch schon viel gesagt wurde, verzichte er auf Wiederholungen. Die Entwicklungs- und Finanzpläne sind immer umfangreicher geworden und so würde auch er es begrüßen, wenn diese künftig etwas weniger umfangreich ausfallen würden. Die in den EP gemachten Planungen können schnell ändern, denn so hatte man beispielsweise bis vor kurzer Zeit von den millionenschweren BLPK-Folgekosten auch noch nichts gewusst. Die finanzpolitischen Planungen mussten angepasst werden und solche Flexibilitäten bzw. Korrekturen werden auch künftig nötig sein. Dies gilt für seine Fraktion auch im Zusammenhang mit den Steuersenkungen, wobei man die geplanten weiteren Schuldensanierungen und Investitionen im Hochbau ebenfalls unterstützt. Im Zusammenhang mit dem Postulat Wirtschaftsförderung möchte er das Votum des Vorredners unterstützen. Seine Fraktion wird einstimmig allen Anträgen des Stadtrates sowie der Kommissionen zustimmen und bedankt sich für die tolle Zusammenarbeit.

Thomas Eugster (FDP) äussert, auch seine Fraktion bedanke sich beim Stadtrat, den Kommissionen und allen Beteiligten für die geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit dem vorliegenden Entwicklungsplan, welcher eine geballte Ladung an Informationen enthält. Auch unterstütze sie die bereits geäußerten Vorschläge für eine Redimensionierung dieses Planungsinstrumentes, indem man den Informationsanteil zu Gunsten klaren Zielsetzungen reduzieren würde. So würde man gerne etwas darüber lesen, wie beispielsweise die stadträtliche Strategie betreffend dem Postulat „Steuersenkung planen“ aussieht. Es ist klar, dass das Steuersubstrat gesamthaft gesteigert werden muss, doch muss Liestal auch in Sachen Steuern attraktiver werden, was wiederum Steuersenkungen bedingt. Der Abschreibung des diesbezüglichen Postulates wird man zustimmen. Auch zeigt der Bericht betreffend dem Wirtschaftsförderungs-Postulat auf, dass Liestal schlecht positioniert ist. Die vom Stadtpräsidenten vorgängig erwähnten Ansatzpunkte zur Problemlösung werden begrüßt, doch möchte man noch konkretere sowie ausführlichere Lösungsvorschläge, bevor man das Postulat abschreibt. Auch im EP 2014-2018 wird ausgewiesen, dass die Steuererträge hauptsächlich von den natürlichen Personen kommen und deshalb muss bei der Wirtschaftsförderung angesetzt werden, damit zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden können. Mit den Empfehlungen der Spezialkommission Schulraumplanung kann man sich grundsätzlich einverstanden erklären, doch ist sein Fraktion der Meinung, dass 2 Klassen auch mit 1 Gruppenraum auskommen könnten. Man wird allen Anträgen zustimmen, jedoch den Antrag betreffend der Abschreibung des Postulates Wirtschaftsförderung ablehnen.

Hanspeter Zumsteg (GL) legt dar, dass von allen vorberatenden Kommissionen bestätigt wird, dass es sich um einen sorgfältig ausgearbeiteten Entwicklungsplan handelt, welcher positive und realistische Schritte der Zukunft aufzeigt. Über die ganze Periode werden positive Ertragsüberschüsse budgetiert. Die Investitionsschwerpunkte der nächsten Jahre werden im Hochbau gesetzt und so sollte man im Zusammenhang mit den Schulbauten den Mut haben, so zu investieren, dass auch die Bedürfnisse für die nächsten Jahrzehnte abgedeckt werden können. Vor Wochen war in der Basler Zeitung zu lesen, dass die bürgerlichen Parteien von Liestal ihren grünen Stadtpräsidenten Lukas Ott akzeptiert haben. Darin wird ein FDP-Vertreter zitiert, welcher dem Stadtpräsidenten und Finanzchef unter anderem ein sachbezogenes sowie pragmatisches Arbeiten attestiert und festgehalten wird, dass in grossen Linien jedoch schon ein relativ hohes Mass an Konsens herrsche. Schon wenige Tage später fährt die FDP in einem ganzseitigen Inserat im Liestal aktuell an den Karren, indem man dem Stadtrat im Zusammenhang mit der Pensionskassensanierung und Investitionen bei den Schulbauten vorwirft, dass dieser im Entwicklungsplan in keiner Weise darlege, wie er gegen das drohende Unheil vorgehen möchte, sondern in einer passiven Rolle ohne Inspiration verharre. Bei diesen Aussagen und dem einfachen Wahlkampfstil wird wohl vergessen, dass der Stadtrat in seiner Führungsrolle im Zusammenhang mit der Pensionskassensanierung bewirken konnte, dass Liestal um 14 Mio. Franken entlastet wird. Die Grüne Frak-

tion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für den guten Entwicklungsplan und schliesst sich der positiven öffentlichen Meinung an, dass in Liestal eine Aufbruchstimmung herrsche und es vorwärts gehe. Seine Fraktion wird allen Anträgen zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass die beiden FIKO-Mitglieder Rolf Gutzwiller und Gerhard Schafroth der Mittefraktion an der heutigen Sitzung nicht präsent sein können. Der Kommentar bzw. die Stellungnahme der Fraktion gemäss Schreiben von Gerhard Schafroth wird verlesen:

Meines Erachtens ist der Entwicklungsplan eines der allerwichtigsten Geschäfte des ER überhaupt. Dieses Geschäft bietet nämlich die Möglichkeit einmal im Jahr eine Auslegeordnung der langfristigen Entwicklungen und der politischen Gestaltungsmöglichkeiten von Liestal als Ganzem vorzunehmen. Sowohl früher unter Stadtrat Peter Rohrbach als auch nun unter Stadtpräsident Lukas Ott wird der Entwicklungsplan laufend aktiv weiter entwickelt und verbessert. Dafür als erstes ein grosses Dankeschön an diese beiden aber auch an Thomas Kunz, der seitens Verwaltung im Hintergrund einen wesentlichen Teil der Arbeit leistet. Durch die zudem sehr umsichtige und offene Strukturierung der Diskussion in der Finanzkommission unter der Leitung von Daniel Spinnler können wir aus diesem EP 15-18 wertvolle Erkenntnisse für die weitere Gestaltung von Liestal gewinnen. In Ergänzung zum Entwicklungsplan und zum Bericht der Finanzkommission möchte ich auf drei inhaltliche Punkte besonders hinweisen:

1. Einnahmen: Die Steuereinnahmen stammen zum allergrössten Teil von den natürlichen Personen. Dieses Steuersubstrat wird sich durch die Zunahme der Bevölkerung voraussichtlich noch deutlich ausdehnen. Die Gefahr systembedingter Steuersenkungen, wie sich dies bei den juristischen Personen und der Vermögenssteuer abzeichnet, besteht nicht. Dank der sehr grossen kantonalen Verwaltung und den Spitälern und Schulen verfügt Liestal über ein einmaliges Angebot an Arbeitsplätzen. Ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist es deshalb, primär das gehobene Wohnungsangebot in Liestal weiter zu erhöhen, damit möglichst viele Personen der mittleren und oberen Einkommensklasse hier arbeiten und wohnen können. Auf der Einnahmenseite steht Liestal also auf gesunden Füßen.

2. Ausgaben: Bei den Ausgaben stehen wir vor Entwicklungen, die für Liestal zu einer grossen Herausforderung werden dürften:

- a. Die Kosten der Altersbetreuung werden demographisch bedingt stark ansteigen. Zudem dürfte der Kanton angesichts seiner derzeit miserablen Finanzlage versuchen, seinen Teil dieser Kosten zusätzlich auf die Gemeinden abzuwälzen. Hier müssen wir kreative Lösungen finden, um diese Kosten zu plafonieren, sei das durch kostengünstigere Formen der Altersbetreuung, sei das durch Anreize zur erhöhten finanziellen Selbstverantwortung im Alter.*
- b. Bei den Schulden besteht das Problem der Sprungkosten, d.h. es könnte die Situation entstehen, dass Liestal neuen Schulraum bauen muss, was wir uns kaum leisten können. Auch hier können kreative Lösungen weiterhelfen. So ist daran zu denken die finanzielle Unterstützung an die Eltern, die ihre Kinder in Privatschulen schicken, zu erhöhen. So lange diese Beiträge deutlich kleiner sind als die eigenen Kosten pro Schüler, entsteht eine Entlastung der Finanzen der Stadt und zudem können so bei einigem Geschick die eingangs beschriebenen Sprungkosten vermieden werden.*
- c. Die Gemeinden – auch Liestal – beklagen sich über den hohen Anteil an gebundenen Kosten, die also vom Kanton vorgeschrieben sind. Dies erachte ich als nicht überzeugend. Durch Zusammenlegung von Aufgaben und bessere Koordination lassen sich auch bei den „gebundenen“ Kosten deutliche Einsparungen erzielen. Liestal könnte bei der Zusammenarbeit in diesen Themen mit den Nachbargemeinden eine deutlich aktivere Rolle einnehmen.*

Zum Abschluss bringe ich noch einige wenige Wünsche für die Weiterentwicklung der künftigen Entwicklungspläne an:

1. Im ersten Teil des EP werden in Textform sehr wertvolle Überlegungen zur Entwicklung von Liestal angestellt. Der Zusammenhang zu den Zahlendetails fehlt jedoch weitgehend. Damit die Auswirkungen der textlich beschriebenen Entwicklung auf die Finanzen der Stadt leicht nachvollzogen und verstanden werden können, empfehle ich künftig die Texte mit den Zahlen direkt zu verlinken mit gleichem Aufbau und gleicher Nummerierung.

2. Der Zahlenteil des EP ist derart detailliert dargestellt, dass der Überblick fast nicht möglich ist. Eine stark gestraffte Version könnte deutlich klarere Aussagen ermöglichen.

3. Der Entwicklungsplan ist eine Planungsrechnung, wobei sich die unterschiedlichsten Effekte überlagern. Wesentliche Erkenntnisse für die möglichen langfristigen Entwicklungen von Liestal können dadurch gewonnen werden, wenn die vierjährige Planungsrechnung durch eine 10-jährige Prognose ergänzt wird. Damit lassen sich frühzeitig Entwicklungen erkennen und Parameter herausarbeiten, durch deren Beeinflussung die Entwicklung von Liestal tatsächlich gesteuert werden kann.

Wäre toll, wenn Liestal dank intensiver Weiterentwicklung seiner Entwicklungspläne künftig weniger Spielball äusserer Einflüsse wäre, sondern selber viel aktiver seine Entwicklung gestalten könnte.

Abschliessend möchte sie allen Beteiligten für die gute Arbeiten danken. Ihre Fraktion wird allen Anträgen zustimmen.

g) Einzelredner: Stellungnahmen

Diego Stoll (SP) nimmt Bezug auf das Votum des FDP-Fraktionssprechers, in welchem mehrmals eine schlechte Positionierung Liestals erwähnt wurde. Dies ist überhaupt nicht so und Liestal ist in einer hervorragenden Position, denn Investoren von Quartierplanungen rennen uns die Bude ein, beim Bahnhof-Neubau handelt es sich um ein Leuchtturmprojekt und zudem konnten in den letzten Jahren die Schulden so abgebaut werden, dass man für die anstehenden Investitionen gerüstet ist. Er selbst schaue positiv in die Zukunft und wünsche sich, dass dies die FDP auch tun würde.

Daniel Spinnler (FDP) meint, dass er vom Fraktionssprecher der Grünen Fraktion persönlich angesprochen wurde. Auf der sachlichen Ebene muss man das Heu ja nicht immer auf der gleichen Bühne haben, was er schon im Zusammenhang mit dem BAZ-Bericht gesagt habe. Und man sollte es auch nicht persönlich nehmen, wenn man politisch eine andere Meinung vertritt. Auch gehe es bei seinem Postulat nicht direkt um die Wirtschaftsförderung, sondern um die Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandortes Liestal. Die vorgängig erwähnten Bemühungen des Stadtpräsidenten schätze auch er als Postulant, doch finde er es schade, wenn gewisse Frage seines Postulates nach wie vor unbeantwortet sind. Die Formulierung einer Strategie ist auch im betreffenden EP-Kapitel nicht passiert, obwohl dies bereits letztes Jahr schon verlangt wurde. Immer wieder wird das Gewerbegebiet Oristal erwähnt, obwohl dies verkehrstechnisch problematischer sein dürfte, als wenn man die Erschliessung des Gräubern-Gebietes bzw. der unteren Wanne mit Verkehrs- und WB-Anschluss prüfen würde. Auch zu weiteren Punkten seines Postulates habe er noch keine Antwort gefunden. Und auch der positive Ausblick seines Vorredners kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Liestal hinsichtlich der Steuersätze eines der Schlusslichter im Kanton trägt. Auch die Vorgehensweise und Strategie des Stadtrates ist nach wie vor unbekannt. Er bittet deshalb die Ratsmitglieder, sein Postulat Nr. 2013/36 heute noch nicht abzuschreiben, damit der Stadtrat nochmals die Chance erhält, die Fragen sowie Vorschläge des Postulates zu prüfen und zu beantworten.

Pascal Porchet (FDP) möchte dem Stadtrat am liebsten einen Blumenstrauss für den vorgelegten guten Entwicklungsplan und auch den Kommissionsmitgliedern einen solchen übergeben, welche sich mit diesem umfangreichen Dokument in der Vorberatung befassen hatten. Ein Finanz- und Entwicklungsplan soll komplex sein und er persönlich ist Liebhaber von anspruchsvollen Vorlagen. Er sehe das Glas immer halb voll und möchte deshalb in der Schlussdiskussion nicht auch noch in einen Negativ-Tuch abrutschen. Denn wesentlich ist, dass man den Bezug zu den Investoren und den Dialog zu HarmoS behält, denn diese geben auch die Marschrichtung vor. Und nur weil das Ganze komplex ist, soll der EP 2015-2019 nicht einfacher und weniger umfangreich werden. Überlegen könnte man sich höchstens, wie viele Kommissionen künftig den EP vorberaten sollen. Auch er ist der Meinung, dass Liestal finanziell sehr gut da stehe, da es der Stadtrat und der Einwohnerrat in den letzten zehn Jahren geschafft haben, schwarze Zahlen zu schreiben. Auch ist Liestal ein Leuchtturm und die meisten umliegenden Gemeinden sind meist nur Trittbrettfahrer, denn Liestal gibt die Fahrtrichtung vor.

Meret Franke (GL) informiert auftrags des Postulanten Jürg Holinger darüber, dass sich dieser mit der beantragten Abschreibung seines Vorstosses Nr. 2010/88 „Steuersenkung planen“ einverstanden erklären kann. Ihre Fraktion wird auch den anderen Anträgen zustimmen.

Verena Baumgartner (GL) teilt mit, dass im Zusammenhang mit der Schulraumplanung doch auch beachtet werden sollte, dass Gruppenräume ebenfalls für sogenannte Normal-Klassen wichtig sind.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) weist in einer Randbemerkung darauf hin, dass auf dem älteren Titelbild der ER-Vorlage das neue Manor-Gebäude, die neue Poststrasse usw. nicht vorhanden sind. Es wäre schön, wenn man bei einem zukunftsorientierten Planungsinstrument auch möglichst aktuelle Fotos verwenden würde.

Matthias Zimmermann (SP) meint betreffend der Energiepolitik Liestals, dass er diesbezüglich nicht generell Blumensträusse verteilen kann. Einen Kaktus möchte er derjenigen Person schenken, welche die Energieversorgung breit abgestützt haben möchte, wie dies auf Seite 86 des EP erwähnt wird, denn man könnte schon meinen, dass diesbezüglich in den letzten Jahrzehnten nichts diskutiert und unternommen wurde. Eine Rose sollte hingegen diejenige Person bekommen, welche auf Seite 89 das Ziel formuliert hat, dass es in Liestal möglich sein soll, ohne eigenes Auto auszukommen.

h) Anträge

- ://: Einstimmig nimmt der Rat den Entwicklungs- und Finanzplan 2014-2018 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) Kenntnis.
- ://: Vom Stellenplan nimmt der Einwohnerrat einstimmig Kenntnis.
- ://: Das Postulat Nr. 2010/88 von Erika Eichenberger und Jürg Holinger betreffend „Steuersenkung planen“ wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.
- ://: Mit 15 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2013/36 von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend Attraktivitätserhöhung des Wirtschaftsstandortes Liestal nicht als erfüllt abgeschrieben.

179 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Fragestunde

1. Frage / Corinne Ruesch (GL) - Tempo 30-Zone Heidenlochstr.; Sicherheit für Fussgänger
Bezüglich des Postulates "Tempo 30 Zone Heidenlochstrasse - Sicherheit für Fussgänger" wurde eine Besichtigung der Heidenlochstrasse angekündigt. Konnten aus der Besichtigung bereits Schlüsse gezogen werden? Wenn ja, welche und bis wann ist gegebenenfalls mit der Umsetzung von Massnahmen zu rechnen?

Stadträtin Regula Nebiker: Die Frage ist berechtigt. Wegen Personalwechseln in der Verwaltung fand dieser Augenschein noch nicht statt. Die Betriebe und das Stadtbauamt werden die Besichtigung demnächst durchführen, wobei die Betriebe für die Umsetzung verantwortlich zeichnen.

2. Frage / Dominique Meschberger (SP) - Hinterseeweglein

Der Hinterseeweg entlang dem Orisbach, so klein er auch ist, wird rege genutzt als Verbindungsweg zwischen Stadtseite und Oristal. Er ist auch Schul- und Kindergartenweg für viele Kinder.

1. Wäre es möglich, den Drahtzaun unter der Brücke so nach unten zu verlängern, dass mit Sicherheit kein Kind unten durch rutschen kann?

2. Könnte eingangs Hinterseeweg ein Robidog befestigt werden, damit die Hundebesitzer ihre Säcklein nicht mehr demonstrativ am Wegrand liegen lassen müssten?

Stadträtin Regula Nebiker: Der Drahtzaun entspricht tatsächlich nicht der Norm und soll nach unten verlängert werden. Der Robidog wurde bereits versetzt.

3. Frage / Dominique Meschberger (SP) - Tagesstrukturen

Die Einführung der Tagesstrukturen für Kindergarten und Primarschule sehe ich als grossen Fortschritt für Liestal. Es ist wichtig, dass diese neue Einrichtung mit Erfolg starten kann. Deshalb zwei Fragen dazu:

1. Kinder werden von den Kindergärten nicht abgeholt um zu entsprechendem Betreuungsort begleitet zu werden. Dies verunmöglicht es für einige Familien die Tagesstrukturen überhaupt in Anspruch zu nehmen, da ja gerade sie keine Zeit haben, ihre Kinder zu begleiten. Wäre es möglich dafür eine Lösung zu finden und diese den Eltern zu kommunizieren?

2. Die Anmeldefrist am 1. Mai ist sehr früh. Die Stundenpläne sind noch nicht angekommen und für viele Eltern ist die Planung des nächsten Jahres noch nicht möglich. Könnte dieser Anmeldetermin noch verschoben und die Eltern darüber informiert werden?

Stadtrat Franz Kaufmann: Es kann tatsächlich Probleme bei längeren Schulwegen geben und es wird nach Lösungen wie Pedibus usw. gesucht, wenn sich die Eltern melden. Der Rat hatte ein schlankes Angebot beschlossen und ein Kinder- und Schülertransport konnte einfach nicht standardmässig angeboten werden. Die frühe Anmeldefrist ist damit zu begründen, dass ja die Schulleitung auch frühzeitig über die entsprechenden Zahlen verfügen muss, um rechtzeitig das Personal rekrutieren zu können. Einige Eltern sind bereits darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass provisorische Anmeldungen auch möglich sind.

4. Frage / Diego Stoll (SP) - Zivilstandsamt, Trauungslokal

Per Anfang 2015 werden die Zivilstandsämter zusammengelegt. Vor kurzem scheint der Kanton die Gemeinden, so auch Liestal, angefragt zu haben, ob sie auch nach der Reorganisation ein kommunales Traulokal zur Verfügung stellen möchten. Wie steht der Stadtrat dieser Möglichkeit gegenüber?

Stadtpräsident Lukas Ott: Es ist tatsächlich eine Anfrage eingegangen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass Trauungen weiterhin in Liestal möglich sein sollen. Im Moment macht man sich Gedanken darüber, wo im Rathaus dieses Trauungszimmer untergebracht werden könnte. Und auch die Finanzierungsfrage muss mit dem Kanton noch geklärt werden.

5. Frage / Vreni Baumgartner (GL) - Familienergänzende Tagesstrukturen, Senioren

In dem momentanen Konzept der familienergänzenden Tagesstrukturen fehlt eine Idee für den Transport der Kinder vom Schulort zu den Angeboten. Meine Frage: Ist eine Einbeziehung von Senioren in die familienergänzenden Tagesstrukturen, zum Beispiel in Form eines Pedibus von den Kindergärten zum Mittagstisch, machbar? Kann sich der Stadtrat eine Zusammenarbeit mit Senioren in diesem Bereich vorstellen?

Stadtrat Franz Kaufmann: Vor Jahren hatte man schon einmal den Versuch für die Begleitung von Erstklässlern durch Senioren gemacht und diesen dann aus verschiedenen Gründen wieder abgebrochen. So wollten sich die Senioren nicht täglich mit der Schülerbegleitung zeitlich binden. Auch wollten die Senioren für Senioren sind insbesondere älteren Menschen widmen. Auch sind beispielsweise Mitarbeitende vom Mittagstisch von der Stadt angestellt und somit auch versichert. Es ist natürlich etwas unglücklich, wenn man für die Betreuung der Kinder unterschiedliche Kategorien bzw. Anstellungsbedingungen hat. Auch hinsichtlich der Verantwortung möchte man diese auf der professionellen Stufe weiterhin durchführen. Sollten aber die Eltern nach Lösungen suchen, so würden diese natürlich von der Stadt unterstützt.

6. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Warenmarkt

Meine Interpellation betreffend Warenmarkt in Liestal hat leider wenig Wirkung gezeigt. Der letzte Markt vor ein paar Wochen, fand bei schönstem Wetter statt. Leider präsentierte sich der Fischmarkt wieder mit einem bedauernswerten Angebot. Wieso war am betreffenden Markttag keine Ansprechperson zu finden? Wieso wurden ca. 30 Marktfahrern keine Bewilligung erteilt?

Stadträtin Marion Schafroth: Es sind tatsächlich Pannen beim letzten Markt vorgekommen, die nicht hätten passieren dürfen. Die Ursache liegt bei wiederholten krankheitsbedingten Abwesenheiten von Mitarbeitenden, die in der Summe dazu geführt hatten, dass man teilweise die Übersicht verloren hatte. Die Situation ist erkannt und Sofortmassnahmen eingeleitet worden. So ist man zuversichtlich, dass der nächste Markt wieder im gewohnten Rahmen funktionieren wird.

7. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Kulturtage Ziegelhof

Am vergangenen Wochenende fanden die Kulturtage Ziegelhof statt. Ich habe den Anlass besucht. Hat sich hier die Stadt finanziell beteiligt? Wer trägt allenfalls die Defizitgarantie?

Stadtpräsident Lukas Ott: Der Stadtrat begrüsst die Kulturtage Ziegelhof. Die Nutzung von leerstehenden Räumlichkeiten sind für die Stadt wichtig und wertvoll. Im Ziegelhofareal hätte er sich auch eine gewerbliche Zwischennutzung vorstellen können. Für die vergangenen Kulturtage ist der Betrag von CHF 4'000.-- aus dem Kulturbudget der Stadt zugesprochen worden, eine Defizitgarantie wurde nicht geleistet. Der Verein müsste bei einem Verlust mit einem allfälligen Vereinsvermögen haften. Man weiss aber, dass weitere namhafte Beiträge auch von der Basellandschaftlichen Kantonalbank, dem Kanton usw. zugesichert wurden.

8. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - PK-Sanierung, Abstimmung vom 18.05.2014

Liestal als Initiativ- und Lead-Gemeinde in Zusammenhang mit der Abstimmung der Pensionskassen-Sanierung wird sich am Abstimmungskampf aktiv – mit dem Einverständnis des ER – beteiligen. So ist es auch im Protokoll vom 26. Februar erwähnt. Welche Aktivitäten sind hier geplant?

Stadtpräsident Lukas Ott: Die Stadt Liestal hatte zu den Lead-Gemeinden gehört, als es um die Formulierung der Gemeindeinitiative ging und sich auch wesentlich an den Verhandlungen beteiligt, damit mit dem Kanton den Kompromiss aushandeln konnte. Der Stadtpräsident und der Stadtverwalter von Liestal sind direkt involviert im Strategieausschuss, welcher die ganze Abstimmungskampagne koordiniert. Die Plakate sind schon aufgehängt worden, es werden noch Flyer in alle Haushaltungen verschickt, ausführlich wird man auch im nächsten Liestal aktuell informieren und werben usw.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) stellt die Zusatzfrage, ob denn auch noch Standaktionen geplant sind?

Stadtpräsident Lukas Ott verneint die Zusatzfrage.

9. Frage / Markus Rudin (SVP) - Parkierungsreglement

Im Oktober 2013 hat der Einwohnerrat das neue Parkierungsreglement verabschiedet mit Inkrafttreten ab 1. Januar 2014. Die GOR hatte viel Arbeit und Zeit investiert und viele Diskussionen in allen Parteien ausgelöst. Die Situation in der Parkzone 1 ist immer noch bedenklich! Leider findet man im Stedtl nach wie vor während der Ladenöffnungszeiten keine freien Parkplätze. Ebenfalls entgehen seit dem 1. Januar 2014 der Stadt somit wertvolle Einnahmen! Frage: Warum hat der Stadtrat das neue Parkierungsreglement noch nicht umgesetzt?

Stadträtin Marion Schafroth: Mit der kantonalen Genehmigung hat das neue Parkierungsreglement erst per 1. April 2014 die rechtliche Gültigkeit bekommen. Ziel der technischen Vorbereitungen ist es, dass in einem möglichst engen Zeitraum die Umstellung der Parkuren möglich ist. Die Umstellung wird im Mai 2014 passieren.

10. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) - Kulturzentrum Ziegelhof

Mit grosser Skepsis blickt die SVP-Fraktion auf die zunehmende Kulturnutzung des Ziegelhofareals, denn Beispiele früherer Jahre oder aus andern Städten zeigen, dass – wenn sich Kulturschaffende irgendwo niedergelassen haben – sie so leicht nicht mehr das Feld räumen. Das Liestaler Volk hat aber mit grossem Mehr eine Gewerbenutzung des Ziegelhofareals beschlossen. Frage: Sieht der Stadtrat hier auch Konfliktpotential, welches sich später negativ auf die weitere Nutzung auswirken könnte?

Stadtpräsident Lukas Ott: Wie er bereits vorgängig erwähnt habe, sieht der Stadtrat im Ziegelhofareal das Potential für eine Zwischennutzung und kein Konfliktpotential wie der Fragesteller. Die Kulturtage sind zudem von den Organisatoren im Einvernehmen mit der Eigentümerin und den Investoren organisiert worden. Es sind schliesslich auch hängige Beschwerden im Zusammenhang mit dem Baugesuchsverfahren und nicht Kulturschaffende, welche das Bauvorhaben verzögern.

11. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) - Graffiti-Hochburg Liestal

Ich darf wöchentliche viele auswärtige Besucher durch Liestal führen, um die Schönheiten unserer Stadt zu zeigen. Leider muss ich mich dann für die vielen Sprayereien entschuldigen. Alle Bemühungen in den letzten Jahren sind kläglich gescheitert. Frage: Ist der Stadtrat bereit, mit allen Mitteln die Übeltäter zu eruieren und entsprechend massiv zu bestrafen und alle Kosten auf sie abzuwälzen?

Stadträtin Marion Schafroth: Alle Sprayereien an Objekten und Liegenschaften der Stadt Liestal werden konsequent zur Anzeige gebracht. Private werden von der Stadt ebenfalls immer wieder dazu aufgefordert. Vor wenigen Wochen gelang es, einen Hauptverursacher für Sprayereien in Liestal zu fassen. Seither hat sich die Situation betreffend den Sprayereien an gewissen Orten etwas beruhigt. Das Konzept des Bereichs Sicherheit/Soziales beruht darauf, dass von der Stadt, Privaten und der Kantonspolizei Sprayereien konsequent angezeigt werden, damit man die Täter gegebenenfalls auch betreffend den entsprechenden Kosten belangen kann.

12. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) - Beeinträchtigung Strassenbeleuchtung durch Bäume

Mein Anliegen scheint ein Kampf gegen Windmühlen. Seit Jahren haben wir – insbesondere an der Goldbrunnenstrasse – massive Beeinträchtigungen der öffentlichen Beleuchtung durch Bäume. Früher geäusserte Befürchtungen haben sich bestätigt, denn in der vorderen Goldbrunnenstrasse sind die Bäume nun praktisch vollständig zu einem Wald zusammengewachsen. Frage: Wann geht hier endlich etwas? Ich bin gerne bereit, bei einer vernünftigen Lösung mitzuhelfen, denn als Präsident des Fischerclubs sind mir auch die Anliegen am Rösernbach wichtig.

Stadträtin Regula Nebiker: Da Bäume wachsen, handelt es sich auch bei der Frage um einen Evergreen. An der besagten Stelle zeichnet aber das Tiefbauamt des Kantons verantwortlich. Der Fragesteller wird vom Bereichsleitenden der Betriebe noch kontaktiert, um das Angebot von Hanspeter Meyer (SVP) besprechen zu können.

13. Frage / Pascal Porchet (FDP) - Sprayereien im Stedli

Mit welchem Konzept und wann werden die Sprayereien im Stedli entfernt? Die technischen Hilfsmittel für Fr. 20'000.00 wurden ja von der Stadt bereits angeschafft.

Stadträtin Regula Nebiker: Die technische Frage betreffend den Sprayereien wird von den Betrieben beantwortet. Es zeigt sich, dass das vorgängig erwähnte Konzept nicht ausreichend ist und weitere Optimierungen nötig sind. Die Betriebe sind gefordert und diese werden auch weitere Massnahmen in die Wege leiten.

14. Frage / Karin Jeitziner (FDP) - Parkplatzgebühren

Der Einwohnerrat hat das neue Parkplatzreglement verabschiedet. Leider wurde das Parkplatzproblem dadurch nicht besser. Dauerparkierer sind noch immer ein grosses Problem. Egal ob gratis oder nachzahlen (beides ist nicht erlaubt). Meine Fragen dazu lauten: Wann werden die Parkuhren auf eine halbe Stunde gratis umgestellt? Wie viele Parkbussen CHF wurden seit dem neuen Parkplatzreglement eingenommen? Wie viel in CHF Parkplatzgebühren wurden eingenommen?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Polizei führt konsequent Kontrollen durch und büsst die fehlbaren Leute gemäss Anhang 1 der eidgenössischen Ordnungsbussenverordnung und darin wird die Maximalstrafe auf 100 Franken beziffert. Dieser Betrag darf auch bei Wiederholungstätern nicht höher angesetzt werden. Die Frage betreffend der Parkuhren-Umstellung ist bereits vorgängig beantwortet worden. Die beiden Fragen betreffend den Parkbussen sowie Parkplatzgebühren-Einnahmen kann sie nicht beantworten, da diese noch nicht ausgewertet wurden.

15. Frage / Georg Ambühl (SVP) - Pendenzen und Fluktuationen bei Sozialen Diensten

Was gedenkt der Stadtrat betreffend der Reduktion der Pendenzen sowie Fluktuationen auf ein Minimum bei den Sozialen Diensten zu unternehmen, damit in Zukunft weitere Verluste der Rückforderungen vermieden werden können?

Stadträtin Marion Schafroth: Der Stadtrat selber kann direkt nicht viel unternehmen und unterstützt die Verwaltung höchstens darin, das Richtige zu machen. Die Pendenzenlast ist wegen den Fallzunahmen steigend und deshalb hatte der Stadtrat im vergangenen Jahr auch eine Dossierüberprüfung angeordnet sowie eine befristete Stellenaufstockung bewilligt. Die Erkenntnisse dieser Dossier-Überprüfung und die Resultate der befristeten Stelle werden aktuell ausgewertet, um dem Stadtrat geeignete Massnahmen vorschlagen zu können. Für die Bewältigung der Sekretariatspendenzen der Sozialhilfebehörde ist eine temporäre externe Arbeitskraft angestellt worden. Die momentanen Fluktuationen in den Sozialen Diensten, welche teilweise auch aufgrund der Arbeitsüberlastung entstanden sind, werden auch vom Stadtrat sehr bedauert. Die Ausschreibungen für die Wiederbesetzung der Stellen sind unmittelbar erfolgt, damit Vakanzen möglichst vermieden werden können. Es sind keine Verluste bei den Rückforderungen entstanden und dies soll auch so bleiben.

16. Frage / Diego Stoll + Fabian Eisenring (SP) - Public-Viewing an WM

Am 12. Juni 2014 beginnt in Brasilien die Fussballweltmeisterschaft und steigt in der Schweiz das Fussballfieber. Damit die Bevölkerung die Spiele in geselliger Atmosphäre gemeinsam verfolgen kann, werden in zahlreichen Städten Public-Viewings angeboten. Was hält der Stadtrat von dieser Idee? Ist er gewillt, mögliche Initianten zu unterstützen?"

Stadträtin Marion Schafroth: Die Stadt wird selbst betreffend einem solchen Angebot nicht aktiv werden und diesbezüglich sind auch keine Initianten vorstellig geworden. Solche Anfragen würden sicher geprüft werden und verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem unterbreiteten Konzept geprüft.

180 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) an den Einwohnerrat betreffend „Nicht gestellte Wasser- und Abwasserrechnungen“ (Nr. 2014/117)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf den GPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/117 und hält als Kommissionspräsident die wichtigsten Punkte kurz fest: Mit dem vorliegenden Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/117 erstattet die Geschäftsprüfungskommission (GPK) Bericht zu einem Thema, wo in erster Linie Vorfälle im Bereich der Betriebe zu Grunde liegen. Die Kommission ist der Meinung, dass die Mitglieder des Einwohnerrates mit diesem Bericht in der Lage sein sollten zu verstehen, was vorgefallen ist. Der Bericht sollte einen gewissen Rahmen haben und die wesentlichen Erkenntnisse der GPK abbilden. Die Kommission hat sich in ihrer Arbeit nicht oder nur am Rande mit den noch laufenden Verfahren auseinander gesetzt. Vielleicht ist es nötig, wenn diese Verfahren und Prozesse eines Tages erledigt sein werden, sich auch mit den Fragen aus diesem Bereich noch eingehend zu befassen. Das ist aber eine persönliche Aussage an dieser Stelle und ein solches Vorgehen ist in der Kommission nicht beschlossen worden. Weil vor dem Enteignungsgericht noch Verfahren hängig sind, kann im Moment auch die Frage nach dem effektiven finanziellen Schaden von der GPK nicht beantwortet werden. Tatsache ist, dass zur Zeit rund 940'000 Franken noch nicht bezahlt sind. Über den Stand der Verfahren hat die GPK keine genauen Kenntnisse. Obwohl diese Verfahren noch nicht abgeschlossen sind, hat die Kommission beschlossen, mit ihrem Bericht nicht länger zuzuwarten. Immerhin sind seit dem Bekanntwerden der Vorfälle jetzt bereits anderthalb Jahre vergangen. Das Hauptaugenmerk der Abklärungen durch die GPK richtet sich also nach den Ursachen für die Probleme, die zu den Unterlassungen im Bereich Betriebe geführt haben. Die Kommission hat seit einiger Zeit die Kommissionssitzungen zu diesem Geschäft als vertraulich erklärt, weshalb die GPK-Mitglieder auch die Fraktionen bisher nur wenig informieren durften. Die Kommission hat keine Geheimniskrämerei betreiben wollen. Es ist der Kommission dabei vor allem darum gegangen, dass sie das Geschäft möglichst unbeeinflusst behandeln kann. Rückblickend sei der Meinung, dass es richtig gewesen ist, die Vertraulichkeit zu wählen. Persönlich möchte er sich als Kommissionspräsident bei den Kolleginnen und Kollegen aus der GPK für ihre Arbeit bei der Bearbeitung des Geschäfts und beim Erstellen des Berichtes bedanken. Auch wiederhole er an dieser Stelle namens der GPK den bereits im Bericht geäusserten Dank gegenüber der Verwaltung, gegenüber den ehemaligen in diesen Fall involvierten Angestellten der Stadt, dem Stadtrat, der früheren Departementsvorsteherin für ihre kooperative Hilfe bei der Aufarbeitung der Vorfälle durch die GPK. Der Bericht umfasst sieben Teile. In der Zusammenfassung werden die wesentlichen Fakten aufgezeigt. Eine hauptsächliche Schlussfolgerung des Stadtrates aus seinem Bericht wird dort aufgeführt. Ebenfalls wird erwähnt, dass der Stadtrat auf Haftungsansprüche gegenüber betroffenen Mitarbeitenden verzichtet. Auch wird gesagt, dass die Verwaltung einen Massnahmenkatalog zusammengestellt hat, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Im zweiten Teil wird festgehalten, dass es am Anfang der Kommissionsarbeit ein Auftrag des Büros gewesen ist. Weiter werden die Ziele der Kommissionsarbeit aufgeführt. Die Ziele sind von der Kommission selber formuliert worden, da der Auftrag des Büros nicht näher umschrieben wurde. Im dritten Teil wird detailliert das Vorgehen der Kommission dargestellt. Erst nachdem alle vom Stadtrat und von der Verwaltung in Aussicht gestellten Dokumente bei der GPK eingetroffen sind, hat die Kommission mit ihrer eigentlichen Arbeit anfangs September 2013 angefangen. Aus Sicht der Kommission ist es unbedingt nötig gewesen, mit den ehemaligen Angestellten der Stadt sowie der ehemaligen Departementsvorsteherin selber reden zu können. Es ist der Kommission bei diesen Gesprächen weniger darum gegangen, den oder die Schuldigen zu suchen und zu finden. Vielmehr ging es darum, die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen,

um so ein besseres Verständnis für das Vorgefallene zu bekommen. Weiter wird aufgeführt, dass auch von der Revisionsstelle der Stadt sowie vom Hersteller der Verwaltungssoftware Stellungnahmen eingeholt worden sind. Im Kapitel 4 wird das umfangreiche Datenmaterial aufgeführt, das der Kommission als Grundlage für das Erstellen des Berichts gedient hatte. Im Kapitel 5 werden die hauptsächlichen Ergebnisse der Kommissionsarbeit wiedergegeben. Die Kommission gibt in diesem Teil wieder, welche Gründe aus Kommissionssicht massgebend gewesen sind, warum die Probleme überhaupt entstanden sind und warum erst nach so langer Zeit die effektive Problemlösung in Angriff genommen worden ist. Im Kapitel sechs stellt die Kommission in einer kurzen Zusammenfassung die aus ihrer Sicht wesentlichen Punkte nochmals zusammen. Sollte es zum Bericht noch Fragen geben, so würde er gerne versuchen, diese beantworten zu können, sofern ihm dies überhaupt möglich ist.

Stadträtin Regula Nebiker dankt namens des Stadtrates der GPK für die sorgfältig geleistete Arbeit. Dies war auch nötig, denn nach einem solchen Vorfall musste auch das Fundament und Vertrauen wieder hergestellt werden. Der Stadtrat ist froh darüber, dass die GPK bei den wichtigen Fragen zu den gleichen Resultaten gekommen ist, wie sie im verwaltungsinternen Bericht auch festgehalten sind. Vieles ist falsch gelaufen und einzelne Beteiligte waren sich der Tragweite ihres Handelns nicht bewusst gewesen, was auch viel zu lange nicht bemerkt wurde. Auch begrüsst der Stadtrat die wichtigste Schlussfolgerung, dass keine Haftungsfragen tangiert sind. Fehler sind in Einzelfällen passiert, doch haben diese nicht eine solche Dimension, dass man von schwerwiegenden Pflichtverletzungen reden könnte. Verschieden Massnahmen wurden bereits ergriffen und erste Resultate sind schon in der Rechnung 2013 ersichtlich. Es sind nun gut geschulte und sensibilisierte Leute an der Arbeit. Betreffend der Kommunikation möchte der Stadtrat auch Klarheit betreffend den zwei hängigen Gerichtsverfahren schaffen. Es handelt sich um zwei kantonseigene Liegenschaften beim Martin Birman-Spital und im Goldbrunnen-Gebiet, wobei sich der Gesamtbetrag auf rund CHF 925'000.-- beläuft. In diesen beiden Fällen ist der Wasserverbrauch über längere Zeit nicht gemessen worden und diese beiden Liegenschaften hatten eine wechselvolle Zeit erlebt. Nachträglich kann nicht mehr festgestellt werden, zu welchem Zeitpunkt und aus welchem Grund so viel Wasser bezogen wurde. Bei der Ursachenforschung zusammen mit dem Kanton stellte sich heraus, dass diejenigen Leute, die die Gründe gegebenenfalls noch kennen könnten, nun auch nicht mehr beim Kanton arbeiten. Die Stadt hatte trotz dieser Unklarheiten nicht die Möglichkeit, die gemessenen Wasserverbräuche einfach nicht in Rechnung zu stellen. Dieser hatte die Rechnungen auch nicht einfach so bezahlt und weitere Abklärungen getroffen, wie dies von diesem auch erwartet werden darf. Bei dieser Pattsituation ist die Stadt auf einen weisen Richterentscheid angewiesen. Der Einwohnerrat wird zur gegebenen Zeit natürlich noch in geeigneter Form über das Gerichtsurteil informiert.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) teilt mit, dass die SVP-Fraktion den sehr guten GPK-Bericht wohlwollend zur Kenntnis nehmen wird. Leider sind über Jahre hinweg in der Verwaltung Fehler passiert sowie Unterlassungen vorgekommen, die von sämtlichen Instanzen nicht hinterfragt und/oder korrigiert worden sind. Diese Unregelmässigkeiten hatten Finanzverluste von gegen 1 Mio. Franken zur Folge und diese dürften zu einem grossen Teil wegen den Verjährungsfristen auch verloren sein. Seit 2008 ist die Stadt ISO-zertifiziert, was die Stadt jährlich viel Geld kostet. Im Liestal aktuell vom Februar 2007 ist zu lesen, dass die ISO-Zertifizierung 9001/2000 als zuverlässig, berechenbar und transparent gelobt wurde, doch heute muss festgestellt werden, dass dies so in Liestal nicht stattgefunden hat. Schon damals ist von der SVP-Fraktion mit einer Interpellation diese Zertifizierung deutlich hinterfragt worden und heute muss das Zertifikat als nutzloses Papier bezeichnet werden, wenn die geforderten Prozesse und Abläufe zum Schaden von Liestal ignoriert werden. Auch frage man sich, aufgrund von welchen Kriterien denn Audits erstellt wurden. Sind diese vielleicht einfach Scheinheiligkeiten, um allfällige Missverständnisse vertuschen zu können? Es ist einfach, Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter als Schuldige für die begangenen Unterlassungen zu benennen, welche vielleicht aus Unvermögen, Unwissenheit oder aus Nachlässigkeit entstanden sind. Diesen soll das Schwergewicht ihres Handelns auch nicht bewusst gewesen sein. Es handelt sich wohl eher um ein Führungsproblem und die Ursache ist nicht

bei der Quantität hinsichtlich des Personals etc. zu suchen, sondern eher bei der fehlenden Qualität und Sorgfalt. Dass die damals zuständige Bereichsleiterin nicht bereit war, zu den GPK-Fragen Stellung zu nehmen, hatte die Aufklärungsarbeiten der Kommission auch nicht gerade erleichtert. Die Hauptverantwortung trägt auf jeden Fall die Exekutive, denn es reicht wohl nicht, mit dem Personal einmal im Jahr Znüni zu essen. Es ist doch sehr speziell, dass über Jahre hinweg solche Missstände im Stadtrat verborgen geblieben sind, und dies trotz diversen Mitteilungen von Betroffenen an die zuständigen Stellen. Vor einem Jahr hatte der Stadtrat mit einem Bericht an die GPK reagiert und darin diverse Verbesserungsmassnahmen aufgeführt. Seine Fraktion hofft, dass diese Massnahmen nun umgesetzt und hoffentlich auch die gewünschte Wirkung mit sich bringen werden, damit solche Missstände nicht mehr vorkommen werden. Er weiss, dass dies ein frommer Wunsch sein wird, denn im Wald hörte er es bereits rauschen, dass es in Liestal noch weitere Baustellen mit weiteren Problemen im ähnlichen Ausmass geben werde, welche im ähnlichen Rahmen wie die nicht-fakturierten Wasserrechnungen liegen dürften. In der Stadt Liestal fehlt es am Unternehmergeist bei den gewählten oder verantwortlichen Personen. Man möchte keine Königreiche im Rathaus, wünsche sich aber einen aufmerksamen Stadtrat und eine Verwaltung, die ihre Aufgaben wahr nimmt und diese auch löst.

Marianne Quensel (SP) legt dar, dass ihre Fraktion den GPK-Bericht mit einer gewissen Skepsis zur Kenntnis genommen habe. Sie spricht der GPK ein Lob für die sorgfältige Aufarbeitung und den gut verfassten Bericht aus. Die Vorkommnisse sind teilweise schwer nachvollziehbar. Das Fazit der GPK wird unterstützt, doch möchte man hervorheben, dass die Problematik auf allen Ebenen falsch eingeschätzt wurde und die Führungsverantwortung von der damaligen Bereichsleiterin und auch damals zuständigen Stadträtin zu wenig wahrgenommen wurde. Die Zusammenarbeit des Stadtrates mit seinen Mitarbeitern ist eine grosse Herausforderung und in den Medien war in vergangener Zeit mehrmals zu lesen, was die Folgen sowie Resultate von zu viel oder zu wenig Kontrollen bei den Kantonen und Gemeinden sein können. Die SP-Fraktion wünscht sich ein aktives Interesse des Stadtrates am operativen Geschehen. Auch hoffe man, dass man aus dieser Sache die Lehre gezogen habe. Auch wird vom Stadtrat erwartet, dass er für die Belange seiner Mitarbeitenden ein offenes Ohr habe und mit gesundem Menschenverstand und gewissen Neugier als Notstelle zwischen dem operativen Geschehen und seiner politischen Verantwortung wahrnimmt. Ihre Fraktion ist erleichtert, dass keine schwerwiegenden Pflichtverletzungen von einzelnen Personen vorliegen und verzichtet im Sinn einer zukunftsgerichteten Betrachtungsweise darauf, Verantwortliche an den Pranger zu stellen. Man begrüsst es, dass der Stadtrat mit seinem Bericht die Verantwortung für das Geschehene übernimmt. Analog der GPK gibt auch ihre Fraktion keine Empfehlungen ab und vertraut darauf, dass der Stadtrat weiterhin darauf bedacht ist, Schwachstellen und Mängel in den internen Abläufen zu beheben. Man erwartet nun eine professionell geführte Wasserrechnung für Liestal und hofft, dass beim Gerichtsverfahren mit dem Kanton für Liestal doch ein gutes Ergebnis herauskommt.

Corinne Ruesch (GL) gibt bekannt, dass auch die Grüne Fraktion froh darüber ist, dass von der GPK die Problematik betreffend den nicht-fakturierten Wasser- und Abwasserrechnungen geprüft wurde und nun als nicht gerade löbliches Kapitel der letzten 20 Jahre doch abgeschlossen werden kann. Einen Grossteil der Ausstände von rund 1 Mio. Franken schuldet der Kanton, was für Liestal kein kleiner Betrag ist. Die vom Stadtrat vorgeschlagenen Verbesserungsprozesse werden begrüsst und sind auch von der GPK gut befunden worden. Es ist wichtig, dass man bei den Wasser- und Abwasserrechnungen ganz speziell hinschaut, damit es zu keinen weiteren Beanstandungen kommt. Ihre Fraktion wird den GPK-Bericht ebenfalls zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Werner Fischer (FDP) legt dar, auch seine Fraktion habe den Kommissionsbericht ausführlich diskutiert und wird grossmehrheitlich dem GPK-Antrag zustimmen. Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass auf allen Stufen schludrig geschafft wurde. Liestal schimpft immer wieder, dass man vom Kanton zu wenig ernst genommen werde und unsere Leistungen ungenügend abgegolten werden. Und nun hat man es geschafft, gerade bei diesem

Kanton rund eine Million Franken in den Sand zu setzen, nur weil man diesen als Grosskunden nicht oder zu wenig betreut hatte. In Zukunft wird man sehr kritisch auf solche Dienste der Stadt schauen, welche von dieser erbracht werden, damit keine ähnlichen Pannen passieren. Auch erwartet man vom Stadtrat, dass dieser den Einwohnerrat über den Stand der Gerichtsverfahren mit dem Kanton informiert. Man hofft, dass keine weiteren ähnlichen Fälle und Probleme auftauchen werden.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, dass sich auch die Mitte-Fraktion für die umfangreichen Arbeiten und den Bericht der GPK bedanke, in welchem die wesentlichen Punkte festgehalten und erläutert werden. Es sind Fehler auf allen Stufen passiert und niemand war sich den Folgen und dem Ausmass bewusst. Es zeigt sich einmal mehr, dass Prozesse auf dem Papier keinen grossen Wert haben, wenn diese schlussendlich von den Menschen nicht umgesetzt werden. So hofft man, dass die Verbesserungsmassnahmen zu einer Qualitätsverbesserung führen werden. Es bleibt doch ein ungutes Gefühl zurück, weil man nicht weiss, ob Fehler und Probleme in diesem Ausmass nur im Bereich der Wasser- und Abwasserrechnungen vorhanden sind. Dem GPK-Antrag wird ihre Fraktion zustimmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) findet den Kommissionsbericht ebenfalls sehr gut. Ein Wehmutstropfen ist aber doch, dass der Stadtrat und auch die GPK krampfhaft versucht hatten, nicht mitzuteilen, dass der Kanton als Hauptprofiteur vom Debakel der Stadt Liestal profitiert. Haben die Einwohner und Steuerzahler von Liestal nicht ein Anrecht darauf, zu erfahren, warum das Problem entstanden ist, wie gross der Schaden ist und wer davon profitiert? Haben nicht all diejenigen, die brav ihre Wasserrechnungen bezahlt haben, nicht auch ein Recht zu erfahren, dass andere Wasserbezügler wegen Nachlässigkeiten der Verwaltung schliefen und wer das auch ist? Vom Stadtrat und der GPK werden nicht Privatpersonen, sondern der Kanton geschützt. Erst heute ist von Stadträtin Regula Nebiker mitgeteilt worden, dass der Kanton der Hauptschuldner ist, doch diese Informationen konnte man auch schon in der Basellandschaftlichen Zeitung lesen. Er findet es sehr bedenklich und heikel, dass man solche Informationen als Einwohnerrat und Einwohner aus den Zeitungen erfahren muss. Auch wurde in der Presse über einen Einzelfall berichtet, in welchem eine Rechnung von CHF 2'200.-- auf Reklamation hin auf CHF 1'100.-- reduziert wurde. Er frage sich schon, ob denn dieser Fall auch seriös abgewickelt wurde und was beim Gerichtsverfahren zwischen der Stadt und dem Kanton herauskommen wird, denn auch hier sehe er keine klare Strategie. Denn was passiert, wenn man schlussendlich doch nicht mit dem erhofften weisen Richterentscheid rechnen kann?

Stadtpräsident Lukas Ott weist die Rüge des Vorredners in aller Form zurück. Vor der Schlussredaktion des GPK-Berichtes hatte er den Kommissionspräsidenten gebeten, im Bericht zu erwähnen, dass der Betrag von CHF 925'000.-- alleine die Forderungen gegenüber dem Kanton in zwei Verfahren ausmacht. Der Stadtrat hatte alles Interesse daran, dass dies auch publik gemacht wird, denn es gibt überhaupt keinen Grund, weshalb der Stadtrat diese Information hätte zurückhalten sollen. Es ist das Geheimnis der GPK, weshalb man diese wichtige Information nicht im Kommissionsbericht aufgenommen hatte.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) nimmt als GPK-Präsident zu den beiden vorgängigen Voten Stellung. Im GPK-Bericht wird auf die zurückhaltenden Informationen des Stadtrates hingewiesen und das Verständnis der Kommission für diese zurückhaltende Kommunikation bestätigt. Die GPK ist davon ausgegangen, dass man im Falle einer offensiveren Informationspolitik durch die Kommission unter Umständen die Situation bzw. Stellung des Stadtrates vor Gericht schwächen könnte. Im Zusammenhang mit der stadträtlichen Berichterstattung an die GPK im Mai 2013 hatte der Stadtrat auch eine Medienmitteilung in Aussicht gestellt, welche dann aber nicht verschickt wurde. Dies war auch einer Hauptgründe dafür, dass die GPK diesbezüglich nicht an die Öffentlichkeit gelangt ist. Auch hatte die GPK ihr Augenmerk nicht auf die hängigen Fälle gerichtet, sondern den Fokus auf die Vorfälle und Vorkommnisse in der Stadtverwaltung gerichtet. Die Frage, weshalb beispielsweise einige Rechnungsempfän-

ger die Rechnungen nicht bezahlt hatten bzw. begleichen wollen, war in der GPK in der Vergangenheit auch kein Thema.

Stadtrat Peter Rohrbach weist darauf hin, dass wenn ein Geschäft Rohmaterial einkauft, Arbeit investiert und schlussendlich das Produkt nicht verkaufen kann, sich daraus ein Verlust ergibt. Wenn die Stadt nun aber für bezogenes Wasser keine Rechnungen stellt, so sind damit der Stadt keine Kosten oder ein Verlust entstanden, da der Kanton nur diejenigen Mengen an Abwasser in Rechnung stellt, welche von den Gemeinden auch für Wasserrechnungen fakturiert wurden. Die nicht fakturierten Rechnungen sind deshalb fälschlicherweise als Verlust wahrgenommen worden, doch handelt es sich hierbei richtigerweise um entgangene Einnahmen. Kumuliert handelt es sich schon um einen Betrag von rund 1 Mio. Franken, doch umgerechnet auf die letzten 20 Jahre beläuft sich dieser Betrag durchschnittlich auf rund CHF 50'000.-- pro Jahr und dieser Betrag steht nun im Vergleich zu den jährlichen Wassergebühren-Einnahmen in einer ganz anderen Relation.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und deshalb über den Antrag der GPK abgestimmt werden kann.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat Kenntnis vom GPK-Bericht und schreibt den Auftrag des Büros an die Geschäftsprüfungskommission als erfüllt ab.

181 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Bildungsreglement-Teilrevision betreffend Tagesstrukturen (Nr. 2014/114a)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Das Büro schlägt dem Rat die Direktberatung der Vorlage vor, da es sich nur um geringfügige Reglementsänderungen handelt. Den Ratsmitgliedern ist vorgängig der heutigen Ratssitzung die rektifizierte ER-Vorlage Nr. 2014/114a als Tischpapier verteilt worden. Die Ratsmitglieder möchten sich nun dazu äussern, ob die stadträtliche Vorlage direkt beraten oder an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Stadtrat Franz Kaufmann bemerkt, dass auch im Bereich Bildung Fehler passieren können. In der Synopse der ersten Vorlage hatte sich ein Fehler betreffend den Betreuungszeiten eingeschlichen und deshalb ist dem Rat heute eine Rektifikation ausgehändigt worden.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass der Austausch der Vorlage kurzfristig passiert ist und auf einen Blick nicht ersichtlich ist, was geändert wurde.

Stadtrat Franz Kaufmann erklärt, dass lediglich bei § 18 Abs. 2 der Synopse Änderungen betreffend den Nachmittagsbetreuungszeiten vorgenommen wurden. Bei der ersten Vorlage Nr. 2014/114 und auch bei der rektifizierten Vorlage Nr. 2014/114a waren bei den Detailinformationen die richtigen Zeiten aufgeführt.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass betreffend der weiteren Behandlung der Vorlage keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat beschliesst einstimmig, dass die Vorlage Nr. 2014/114a direkt beraten wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass die Mittefraktion dem stadträtlichen Antrag zustimmen wird, da es sich bei den beantragten Reglementsänderungen um die sinnvolle und logische Folge von früheren Ratsentscheiden im Zusammenhang mit den bereits beschlossenen familienergänzenden Tagesstrukturen handelt. Ihm ist aufgefallen, dass sich auch bei der rektifizierten Vorlage in der Synopse bei § 18 Abs. 2 ein Fehler eingeschlichen hat. Nach der Zeitangabe von 18.00 Uhr ist bei der Schlussfassung die „Klammer“ zu streichen.

Meret Franke (GL) führt aus, dass auch ihre Fraktion trotz dem kleinen redaktionellen Schönheitsfehler bei den Betreuungszeiten der Reglementsänderung zustimmen wird.

Dominique Meschberger (SP) bemerkt, dass es sich bei der Vorlage um eine Formsache handelt und die SP-Fraktion dem Antrag des Stadtrates ebenfalls unterstützen wird.

Thomas Eugster (FDP) teilt mit, dass auch seine Fraktion die beantragten Reglementsänderungen grundsätzlich sinnvoll findet und auch unterstütze. Es erstaunt auch nicht, dass die Plafonierung der Elternbeiträge neu auf CHF 120'000.-- erhöht wurde. So möchte man mitgeben, dass man bei der Umsetzung auch bei der Kostenseite Mass halten sollte, damit das Kostendach auch eingehalten werden kann.

Ratspräsident Hanspeter Stoll stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat verabschiedet die Teilrevision des Bildungsreglementes gemäss Synopse der rektifizierten Vorlage Nr. 2014/114a einstimmig.

182 0.01.011.01 Einwohnerrat

**9. Sanierung Fluhweg: Bruttokredite für Wasserleitung (TCHF 250),
Kanalisation (TCHF 520) und Strassenbau (TCHF 70); Vorlage Nr.
2014/115**

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Die Ratsmitglieder möchten sich nun dazu äussern, ob die stadträtliche Vorlage direkt beraten oder an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt, ihre Fraktion möchte die Vorlage von der BPK vorberaten lassen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltungen spricht sich der Rat dafür aus, dass die Vorlage Nr. 2014/115 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird.

183 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Sanierung Munzachstrasse/Kettigerweg: Bruttokredit für Wasserleitung (TCHF 520), Kanalisation (TCHF 540) und Strassenbau (TCHF 270); Vorlage Nr. 2014/116

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Die Ratsmitglieder möchten sich nun dazu äussern, ob die stadträtliche Vorlage direkt beraten oder an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

://: Einstimmig spricht sich der Rat dafür aus, dass die Vorlage Nr. 2014/116 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird.

184 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Kasinobrücke: Bruttokredit von TCHF 980 für die Instandsetzung der Kasinobrücke (Nr. 2014/119)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Die Ratsmitglieder möchten sich nun dazu äussern, ob die stadträtliche Vorlage direkt beraten oder an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll. Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) vor.

://: Einstimmig überweist der Rat die Vorlage Nr. 2014/119 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung.

185 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Familiengärten Heidenloch - Bericht Stadtrat zum Postulat von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2013/68)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt als Postulantin für die stadträtliche Beantwortung ihres Vorstosses, obwohl sie die Antworten nicht befriedigen. Gerade weil es so schwierig ist, Platz für Familiengärten zu finden, hatte sie auf die Unterstützung des Stadtrates gehofft, obwohl ihn dieses Geschäft wohl nicht brennend interessieren dürfte. Fast alle im Rat haben das Glück, ein Haus mit Garten zu haben. Doch für viele Einwohner in Mietwohnungen ist es ein kleines Paradies, einen Garten bewirtschaften zu dürfen. Will man denn überhaupt Familiengärten in Liestal? Es ist kein Konzept vorhanden, niemand zeichnet dafür verantwortlich und auch im LEK sei sie diesbezüglich nicht fündig geworden. Speziell ist aber, dass im Landschaftsplan für das Chlöpfgatter-Gebiet eine Zone für Familiengärten vorgesehen ist, doch die Grundeigentümer ihr Einverständnis für eine entsprechende Nutzung nicht geben. Auch ist der Grundeigentümer des angrenzenden Landstückes beim Familiengartenareal der Gräubern nicht angefragt worden. Im Planungsbericht der Ortsplanungsrevision ist erwähnt, dass man bei der Psychiatrischen Klinik im Bintal bei den bestehenden Familiengärten eine Erweiterung in Betracht zieht. Ob diesbezüglich der Landschaftsplan angepasst wurde, kann sie heute auch nicht sagen, doch wäre auch hier die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und der Stadt gefragt. Der Familiengarten-Verein ist mit dem Stadtbauamt im Gespräch, wartet aber noch auf einen Besprechungsterminvorschlag von Stadtrat Peter Rohrbach als Departementsvorsteher. Sie hoffe doch, dass man betreffend der Schaffung von Familiengärten eine Lösung finden wird. Mit der Abschreibung ihres Postulates kann sie sich einverstanden erklären.

Peter Küng (SP) orientiert, dass die Postulatsbeantwortung auch in seiner Fraktion nicht befriedigte. Er meint, dass diesbezüglich durchaus der Bürgerrat in die Verantwortung genommen werden könnte, denn die Bürgergemeinde ist die grösste Landbesitzerin an Ort und so könnten doch beispielsweise anstelle des früher geplanten Golfplatzes nun doch ein paar Familiengärten auf der Sichern realisiert werden.

Sabine Sutter (FDP) informiert, dass die stadträtlichen Antworten auch für ihre Fraktion unbefriedigend sind. Die Fraktion bedauert es ausserordentlich, dass für die wegfallenden Familiengärten im Heidenloch kein Ersatz gefunden werden konnte. Der Stadtrat wird gebeten, mit allen Grundeigentümern und insbesondere auch dem Kanton das Gespräch zu suchen, damit Land für Familiengärten zur Verfügung gestellt werden kann.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) hält fest, dass der Einwohnerrat die Überbauung des Grundstückes mit den Familiengärten im Heidenloch beschlossen hatte. Die Besitzer der Familiengärten sind von der Bürgergemeinde als Eigentümerin frühzeitig informiert worden, doch ist von diesen in der Folge bis heute kein einziger Einwand oder eine Anfrage für ein Ersatzgrundstück eingegangen. Alljährlich im August wurde in den letzten Jahren die Vertragsdauer mit den Familiengarten-Betreibern um 1 Jahr verlängert. Er ist sich nicht sicher, ob die Nachfrage für Familiengarten-Areal tatsächlich so gross ist, wie es immer wieder geschildert wird. Denn sollte der Bedarf wirklich vorhanden sein und ein Problem vorliegen, dann wäre man diesbezüglich sicher schon auf die Bürgergemeinde zugekommen, doch ist diese bis anhin noch nicht kontaktiert worden. Die verschiedenen erwähnten Gebiete sind Kulturland und werden bis jetzt auch als solches bewirtschaftet.

Stadtrat Peter Rohrbach sagt, dass er den Vorwurf an den Stadtrat, dass dieser die Problematik betreffend den Familiengärten nicht ernst nehme, doch schon eine etwas dicke Post finde. Die vorgängigen Informationen von Bürgerrat Hans Rudolf Schafroth sind zum Teil auch nicht richtig, denn die Familiengärten-Betreiber sind verzweifelt. So wurden bereits verschiedene Gespräche und Telefonate zwischen dem Familiengartenvereinsvorstand, dem Stadtbauamt und der Bürgergemeinde geführt. Es muss doch auch die rechtliche Situation zur Kenntnis genommen werden, denn es kann kein privater Grundstückeigentümer dazu verknurrt werden, sein Grundstück für die Nutzung als Familiengarten zur Verfügung zu stellen. Das Kulturland hat für die Grundeigentümer im Zusammenhang mit Ausgleichszahlungen usw. doch einen erheblichen Wert und so muss man auch akzeptieren, dass in Betracht gezogene Grundstücke weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden. Das Stadtbauamt hat bereits viel für eine mögliche Lösungsfindung unternommen, doch selbst dem Kanton kann nicht vorgeschrieben werden, wie dieser seine Grundstücke nutzen und bewirtschaften soll. Gegenseitige Anschuldigen bringen nichts und werden sich auch nicht positiv für eine Lösung des Problems auswirken.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) präzisiert, dass die Bürgergemeinde selbst nie betreffend der Realisierung von Familiengärten angefragt oder kontaktiert wurde, wie er von der Bürgergemeindeverwaltung erfahren habe.

Stadtrat Peter Rohrbach dementiert die Feststellung seines Vorredners, denn bei einigen Gesprächen waren ja bereits Vertreter der Bürgergemeinde dabei.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass über beide stadträtlichen Anträge in einer Abstimmung abgestimmt wird.

://: Einstimmig nimmt der Rat vom stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2013/68a Kenntnis und schreibt das Postulat als erfüllt ab.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass Ratsmitglieder, welche neue Motionen und/oder Postulate eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Ratssitzung noch mündlich begründet können.
Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Hanspeter Stoll

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann